

Cairo+5 und das Empowerment der Frauen

Dokumentation

Cairo+5 und das Empowerment der Frauen

Dokumentation einer Veranstaltung
am 15.2.1999

Die Dokumentation kann bei der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung, Postfach 125, 1183 Wien bestellt werden.

Inhalt

Eröffnung
durch die Geschäftsführerin der ÖGF
Elisabeth Pracht

Begrüßung durch den Ehrenschatz
Elisabeth Hlavac, Abg. z. NR.

ICPD und das Programme of Action
Alphonse Mc Donald

Sexuelle und reproduktive Rechte als Menschenrecht.
Die Kairoer Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung, 5 Jahre danach -
Was hat sie gebracht?"
Ulrike Lunacek

Promoting sexual and reproductive health as human rights - trend or progress?
Nell Rasmussen

Arbeitskreise

A. Erfolge und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Kairoer Aktionsprogrammes - und wohin soll es weitergehen?"

Leitung: Ulrike Lunacek und Nell Rasmussen

B. Clean-Clothes-Kampagne für faire Arbeitsbedingungen weltweit

Leitung: Claudia Thallmayer

C. Ein Mädchen großzuziehen ist, als würde man den Garten des Nachbarn bewässern!" Die Bedeutung von Bildung für die Selbstbestimmung der Frauen.

Leitung: Dagmar Lassmann

D. Frauenarbeit und Globalisierung - jung, billig, flexibel

Leitung: Gundi Dick

E. Zugang zu allen Menschenrechten. Eine unerläßliche Voraussetzung.

Leitung: Brita Neuhold

Sibylle Hamann:

In Kairo hat vor 5 Jahren die internationale Konferenz für Bevölkerung stattgefunden. Damals wurde in sehr mühseligen Debatten ein Aktionsplan beschlossen. Jetzt nach 5 Jahren ist es soweit, die Bilanz zu ziehen und sich anzuschauen, was aus den Plänen geworden ist. Es hat aus diesem Anlaß in Den Haag vergangene Woche ein internationales Forum stattgefunden, wo Parlamentarier und Regierungsvertreter und NGO-Vertreter versucht haben, diese Bilanz zu ziehen. Dort wurden Länderberichte aus verschiedenen Weltgegenden vorgestellt, und man hat sich die Frage gestellt, was hat funktioniert und was nicht. Mit der Umsetzung von Familienplanung und Bevölkerungspolitik sind in den meisten Fällen NGOs befaßt. In Österreich ist die ÖGF besonders rührig gewesen, sie hat auch diese Tagung heute hier organisiert. Die Geschäftsführerin Frau Pracht wird nachher dazu ein paar einleitende Worte sprechen. Ich möchte noch sagen, die ÖGF ist ein überparteilicher Verein, wo sich Menschen aus verschiedenen Bereichen zusammengetan haben - aus der Medizin, aus der Sozialarbeit, aus der Psychologie. Ziel ist, die sexuelle Gesundheit in Österreich zu fördern über Beratung, Forschung, Information. Und das Ziel ist auch, was in der Konferenz von Kairo immer wieder betont wurde: das Recht jedes Menschen, jeder Frau, jedes Mannes, frei über die Zahl und den Abstand der Kinder zu entscheiden. Frau Mag. Pracht, wenn Sie vielleicht kurz einleitende Worte sprechen könnten!

Elisabeth Pracht:

Im Namen der ÖGF möchte ich Sie zu dieser Veranstaltung recht herzlich begrüßen. Seit mehreren Jahren ist es der ÖGF ein Anliegen, auch für den internationalen Aspekt der reproduktiven Gesundheit in Österreich eine breitere Aufmerksamkeit zu schaffen. Deshalb haben wir das internationale Forum in Den Haag zum Anlaß genommen, die Rolle des Empowerment der Frauen und deren Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens näher zu beleuchten. Wir wünschen Ihnen eine interessante Veranstaltung, spannende Vorträge, gute Arbeitskreise und hoffen, daß Sie Ihren Beitrag leisten zu der Veranstaltung. Danke.

Sibylle Hamann:

Dankeschön. Wir sitzen ja hier im Parlament. Gefordert ist ja auch die Politik. Den Ehrenschatz zu dieser Veranstaltung hat die Frau Abgeordnete Elisabeth Hlavac übernommen. Sie ist Abgeordnete zum Nationalrat und stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, außerdem, soviel ich weiß, Vorsitzende im Gleichberechtigungsausschuß. Es geht ja bei diesem Thema zentral immer um die Stellung und Rechte von Frauen. Frau Hlavac war auch beim ParlamentarierInnen-

Forum und wird vielleicht auch kurz über die Ergebnisse und Eindrücke dort erzählen. Danke.

Elisabeth Hlavac:

Danke. Einen schönen Nachmittag. Ich freue mich, daß Sie ins Parlament gekommen sind und an dieser wichtigen Veranstaltung der ÖGF teilnehmen. Es ist ja in der Einleitung schon gesagt worden: 5 Jahre nach Kairo ist es notwendig, sich damit auseinanderzusetzen, was aus dem Aktionsplan geworden ist. Sind die Hoffnungen erfüllt worden, gibt es einen Fortschritt im Bereich der reproduktiven Gesundheit, im Bereich der Familienplanung, im Bereich der Verhütung, der Aufklärung, der Rechte der Frauen, aber nicht nur in diesem Bereich, sondern auch was die Rolle der Frau in der Gesellschaft betrifft? Und ich freue mich, daß ich die Gelegenheit hatte, in Den Haag an dem Parlamentarier-Forum teilzunehmen. Es war für mich sehr interessant. Es sind natürlich auch die alten Fundamentalisten aller Richtungen aufgetreten. Es waren einige zu hören, zum Beispiel ein Parlamentarier aus Lateinamerika, der gesagt hat, diese ganze Aufklärung der Jugend sei ein Unsinn, das führe alles nur zu AIDS. Da hat man dann das Gefühl, diese Jahre sind verstrichen, ohne daß sich da allzuviel im Bewußtsein mancher geändert hat. Und auch wenn wir eine ganz gute Abschlusserklärung zustandegebracht haben, hat man halt schon das Gefühl, daß manche nach Hause fahren, so wie sie gekommen sind, ohne irgendetwas mitbekommen zu haben. Trotzdem habe ich bei Vertretern vieler Länder gemerkt, daß es hier mehr Bewußtsein gibt, auch daß sie zumindest das Gefühl haben, es sollte mehr geschehen für die Frauen. Also so billige Abwertungen wie früher gibt es kaum, aber es geschieht nicht so viel, wie wir uns das wünschen könnten. Wir haben ein Dokument bekommen, das die Analyse des Ist-Zustandes enthält, und ich möchte Ihnen diese paar Punkte, die mir sehr wichtig erscheinen, zur Kenntnis bringen. Sie sind ja an sich die Expertinnen aus den NGOs, Sie wissen das, aber vielleicht ist es dennoch gut, das zusammenzufassen: Nach wie vor haben 1 000 000 Frauen keinen Zugang zu sicheren und verlässlichen Methoden der Familienplanung. Nach wie vor sterben viele Frauen bei der Geburt von Kindern oder an der Schwangerschaft. Bis zu 20 Millionen unsichere Abtreibungen werden an Frauen durchgeführt, von denen pro Jahr 70 000 mit dem Tod enden. Viele Mädchen werden nach wie vor ungewollt schwanger und verlieren damit ihre Chance auf Ausbildung und Beschäftigung. Schwangerschaft und Geburt sind die Haupttodesursache von jungen Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren. Viele jungen Mädchen stecken sich mit Geschlechtskrankheiten an. Doppelt so viele Mädchen wie Burschen sind HIV-positiv, und 70% der 1,3 Milliarden Menschen, die auf dieser Welt in absoluter Armut leben, sind Frauen. Das sind Fakten, mit denen wir heute - 5 Jahre nach Kairo - genauso konfrontiert werden wie damals, und daher ist es von höchster Dringlichkeit, sich diese Ergebnisse von damals und dieses

Aktionsprogramm in Erinnerung zu rufen. Und diejenigen, die wirklich die Entscheidung haben, die Entscheidungsträger auf der ganzen Welt, müssen auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden. Denn sie haben sich in Kairo verpflichtet, und diese Verpflichtungen müssen erfüllt werden. Daher bin ich froh, daß diese Diskussion hier stattfindet, ich sage jetzt etwas, was nicht gut wirkt, aber ich habe es von vornherein gesagt, ich kann nicht hierbleiben, weil ich andere Termine habe. Ich kann nur am Anfang ein bißchen zuhören, was die Referentinnen sagen. Elisabeth Pracht und ich sind aber ständig in Kontakt, also werde ich ja hören, was Sie hier beraten haben. Ich möchte Ihnen noch sagen, daß ich wirklich bereit bin, mich dafür einzusetzen. Daher möchte ich noch abschließend sagen, daß ich der ÖGF sehr danke, daß diese Diskussion stattfindet. Es ist wichtig und notwendig, diese Diskussion weiterzuführen und vielleicht sogar wiederzubeleben - weil manchmal habe ich das Gefühl, daß Konferenzen stattfinden, dann gibt es ein tolles Abschlußresumé, dann fahren alle nach Hause, dann gibt es wieder die nächste Konferenz mit einem anderen Thema, und das alte Thema ist vergessen, obwohl die Arbeit noch zu tun bleibt. Daher freut es mich, daß Sie so Interesse an diesem Thema haben und ich wünsche Ihnen für Ihre Beratung viel Erfolg.

Sibylle Hamann:

Danke schön. Vor allem auch dafür, daß Sie uns kurz die weltweiten Eckdaten in Erinnerung gerufen haben, die wir eigentlich ja alle kennen. Nur aus unserer Perspektive hier neigt man ja oft dazu zu vergessen, wie es sonstwo aussieht. Die Organisation, die federführend in der Umsetzung von Familienplanungsprojekten ist, ist das UNFPA. Wir haben auch einen Vertreter dieser Organisation hier. Das UNFPA ist der Weltbevölkerungsfond. Wie der Name schon sagt, finanziert die Organisation Programme aus Beiträgen der einzelnen Länder. Da geht es um technische Hilfe, Training, Aufklärungsprogramme, Material, Forschung und Information. Wichtig zu wissen aber ist, daß es bei allen Programmen um die speziellen und spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Weltgegenden und Länder geht, d.h. gegen den Willen der Länder und Regierungen wird das UNFPA dort nicht aktiv werden. Allerdings kann man, glaube ich, in den letzten Jahren beobachten, daß es sich insgesamt doch durchgesetzt hat, ein besonderes Augenmerk den Frauen und ihrer Situation im Rahmen dieser Programme zu schenken. Ich möchte jetzt Herrn Mc Donald, den Leiter des UNFPA-Büros in Genf, um einige Erläuterungen bitten.

Alphonse Mc Donald:

ICPD und das Programme of Action:

Leider konnte ich nicht früher nach Wien kommen und ein paar Tage länger in Wien sein, sonst hätte ich auf Deutsch zu Ihnen sprechen können. Die österreichische Parlamentarierin hat Ihnen über die Hauptresultate der Diskussionen und Überlegungen berichtet, und die Diskussion der

Parlamentarier spiegelt hauptsächlich die des Hauptforums wider. Ich wurde gebeten, über die Leistungen und Herausforderungen des ICPD zu sprechen. Das Problem besteht wirklich darin, was nach einer Konferenz geschieht. Es gibt eine Reihe von Akteuren, einerseits die internationale Gemeinschaft und andererseits die nationale Regierung und ihre Verbündeten. Es ist wichtig zu verstehen, daß jeder der beteiligten Partner innerhalb seiner Beschränkungen agieren muß. Was auf der nationalen Ebene möglich ist, ist nicht immer auf der internationalen Ebene möglich. Wenn auf nationaler Ebene beschlossen wird, daß die Gesellschaft über das Parlament, über die Einrichtungen der zivilen Gesellschaft etwas erreichen möchte, dann ist das eine Frage des politischen Willens und der zur Verfügung stehenden Mittel. Auf internationaler Ebene gibt es noch eine weitere Dimension, nämlich das Problem des internationalen Konsenses. Wenn wir von universellen, allgemeingültigen Werten sprechen, dann gibt es hier zwei verschiedene Möglichkeiten, wie wir auf das Thema zugehen können. Entweder wir erzielen Übereinkunft in Diskussionen darüber, was universell oder allgemeingültig ist, oder es gibt eine a priori-Vorstellung darüber, was allgemeingültig ist und sein sollte. Der a priori-Ansatz hat zu einer Reihe von sehr seltsamen und inakzeptablen Situationen geführt. Wenn man auf globaler Ebene tätig ist, wo es unterschiedliche Kulturen und Wertsysteme gibt, dann ist es sehr wichtig, daß wir die gleiche Sprache sprechen. Wenn wir also einmal ein gemeinsames Mittel des Dialoges haben, bedeutet das zweierlei: einerseits zu hören, andererseits zu sprechen. Das Problem ist, beim Zuhören zu verstehen, was das Gegenüber wirklich meint. Die Ursache für eine Vielzahl von Mißverständnissen liegt nicht nur darin, daß die Kommunikation nicht paßt, sondern daß das Problem bei den Werten liegt, die hinter den Aussagen stehen. Das war meine Einleitung zu den Errungenschaften von ICPD. In Kairo haben wir Folgendes erreicht: Wir haben zwar gesagt, daß wir nicht verstehen, aber wir können trotzdem miteinander diskutieren. Aber nicht nur das. Wir haben auch ein Programm verabschiedet, das für viele revolutionär war, andererseits war es für viele nichts Neues. Und das stimmt nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für die Entwicklungsländer untereinander. Auf dem Weg hierher habe ich mit Nell Rasmussen gesprochen. Wir sind gleicher Meinung insofern, daß die nordischen Staaten mehr mit den karibischen Staaten in der reproduktiven Gesundheit gemeinsam haben als mit vielen anderen. Das sollten wir nicht vergessen: Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind einerseits eine Sache der Werte, aber andererseits auch eine Sache der wirtschaftlichen Entwicklung, die natürlich sehr stark mit der historischen Situation zusammenhängt. Ich denke, daß ich Ihnen hier in Österreich das nicht erzählen muß. Kairo bedeutete, daß wir einen gemeinsamen Rahmen für Aktionen gesetzt haben. Wie das umgesetzt wird, hängt von den einzelnen Ländern ab. Gleichzeitig hat Kairo eine Reihe neuer Konzepte eingeführt. Diese Konzepte sind selbst für Leute, die am Beginn nicht zustimmten, nun ein Ausgangspunkt. Ich beziehe mich hier auf das sehr wichtige Prinzip der Verknüpfung zwischen Menschenrechten und reproduktiven Rechten.

Wenn wir vor 200 Jahren nicht die Situation gehabt hätten, daß die Menschenrechte als Rechte der Männer betrachtet wurden, hätten wir die Probleme, die nun existieren, nicht. Das Problem der Gleichstellung besteht schon jahrhundertlang, schon vor der französischen Revolution, aber was eigentlich nicht funktioniert hat, war die Anwendung des Prinzips der Gleichstellung. Wir sind nun an einem Punkt angelangt, wo unsere Leistungen gleichzeitig unsere Herausforderungen darstellen. UNFPA und die internationale Gesellschaft haben die Menschenrechte im Bereich der reproduktiven Gesundheit gefördert. Das hat natürlich sehr tiefe Auswirkungen. Das bedeutet einerseits, daß die Menschen so viele Kinder haben können wie sie wollen, zu dem Zeitpunkt, zu dem sie wollen, und in den von ihnen gewählten Zeitabständen. Das ist eine sehr schwere Last für die Gesellschaft, da die Gesellschaft sicherstellen muß, daß die Menschen ihre Rechte wahrnehmen können. Und vor dieser Situation stehen wir jetzt in vielen Ländern. Die Rhetorik ist bekannt, wir wissen auch, wie wir das erreichen können. Das Problem ist, gewisse Gruppen davon zu überzeugen, daß das getan werden sollte. Dazu kommt noch, daß viele Entwicklungsländer das nicht alleine tun können. Deshalb brauchen wir eine internationale Kooperation, was nichts anderes ist, als eine Rückübersetzung der Menschenrechte. Wir sprechen von Erziehung, Bildung, Gesundheit für alle. Das bedeutet, daß wir jenen, die nicht über die Mittel verfügen, diese Ziele alleine zu erreichen, unterstützen müssen. Auch das wurde in Kairo beschlossen. Das Problem besteht allerdings darin, daß in den 5 Jahren seit Kairo nicht alle Partner ihre Versprechungen eingelöst haben, wenn es darum ging, konkrete Maßnahmen zu setzen. Es ist eine sogenannte langfristige Verpflichtung der sogenannten Geberländer, daß 0,7% des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Sie wissen, daß nur 5 europäische Länder das tun. Dazu kommt noch, daß wir uns nicht den 0,7% annähern, sondern die Lücke immer größer wird. Das sind kurzgefaßt die Errungenschaften und die Herausforderungen der Kairoer Konferenz. Wir haben einen gemeinsamen Rahmen für den Dialog aufgebaut. Langsam werden in vielen Ländern Strukturen aufgebaut, und einige Gruppen, die mit der Sprache von Kairo nicht übereinstimmten, ändern nun langsam ihre Meinung. Es gibt natürlich eine Reihe von Gruppen, die nicht bereit sind, ihre Position zu ändern. Das scheint eine Tatsache des Lebens zu sein. Dennoch versuchen wir bei UNFPA, weiterhin mit diesen Gruppen zu diskutieren, einen Zugang zu finden und sie davon zu überzeugen, daß ihre Meinung nicht mit der der internationalen Gemeinschaft übereinstimmt und daß es besser wäre, diese Meinung zu ändern. Ich komme nun zum Schluß. Sie alle sind Partner bei der Umsetzung der Kairoer Aktionsplattform, denn wie beim politischen Willen, ist es auch hier nicht die alleinige Verantwortung jener, die politische Funktionen innehaben, aktiv zu werden. Deshalb bin ich sehr froh, daß sie so zahlreich erschienen sind. Und vermutlich werden sie dann, wenn sie hier weggehen, versuchen, zwei weitere Personen zu überzeugen, und so erreichen wir unsere Ziele. Vielen Dank.

Sibylle Hamann:

Herr Mc Donald hat diesen gemeinsamen Rahmen, auf den man sich dort in Kairo geeinigt hat, angesprochen. Das war, wenn ich mich so erinnere, eine äußerst mühsame Angelegenheit, die schwer zu durchschauen war für Außenstehende. Das war wirklich eine Angelegenheit für Diplomaten und Bürokraten. Effekt des Ganzen ist, daß nun ein Mindestkonsens darüber besteht, was gemacht werden sollte. Was übrig geblieben ist von damals, ist ein Begriff, der sehr sperrig klingt, aber nicht mehr wirklich wegzubringen ist: Das ist der Begriff der reproduktiven und sexuellen Rechte, die als Menschenrechte einmal genannt wurden. Ich möchte jetzt zwei weitere Diskutantinnen, die beide auch in Kairo dabei waren, bitten, über die sexuellen Rechte als Menschenrechte kurz etwas zu sagen.

Die eine Ulrike Lunacek, die ein Beweis dafür ist, daß es ein Leben vor und nach der Politik gibt. Damals war sie noch nicht Politikerin, sondern NGO-Vertreterin und als solche Mitglied der österreichischen Delegation in Kairo. Heute ist sie, glaube ich, noch Obfrau der Frauensolidarität.

Ulrike Lunacek:

Sexuelle und reproduktive Rechte als Menschenrecht:

Zuerst einmal danke für die Einladung, daß ich hier die Sicht einer NGO-Vertreterin vor 5 Jahren darlegen kann. Ich war auch jetzt letzte Woche beim NGO-Forum in Den Haag und habe erschlossen, was von Seiten der diversen NGOs und sehr stark auch von Seiten der Frauenorganisationen diskutiert wird und sozusagen als Evaluation eingebracht wird. Teile davon werde ich hier auch einbauen. Zum einen stellt sich also die Frage: Was ist denn jetzt wirklich passiert? Was ist denn wirklich das, was sich verändert hat? Bei dem NGO-Forum vor einer Woche in Den Haag ist das Wort Watershed - Wendepunkt - gefallen. War es das denn wirklich? Ich denke, in einer Hinsicht, die nicht immer, aber doch sehr oft über die Rhetorik hinausgeht, war es das schon, nämlich diesbezüglich, daß heute von - glaube ich - mehr Menschen, die in diesem Bereich arbeiten und Veränderungen zu bewirken versuchen, nicht mehr quantitative, demokratische Zielvorgaben da sind, wo es heißt, wir müssen die Bevölkerung reduzieren, weil es zu viele Menschen auf der Welt gibt und die Bevölkerungsexplosion droht etc., sondern daß die Menschen, die einzelnen Personen, vor allem Frauen in den Mittelpunkt gestellt wurden. Ich glaube nicht, daß das überall so ist, es gibt leider noch immer jene, die meinen, die Bevölkerungsexplosion droht übermorgen. Aber ich glaube schon, daß die Diskussion damals in Kairo bzw. die Diskussion seit damals unter starkem Einfluß jener geführt wird, die eben sagen, wir müssen die Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht Ziele vorgeben, die sich noch dazu vor allem gegen Frauen - arme Frauen im Süden - richten, ohne sich anzuschauen, was im Bereich des Ressourcenverbrauchs in den Industriestaaten passiert - aber zu dem komme ich später. Also hier haben wir einen Schritt - wie Hillary Clinton gesagt hat - weg von den

Zahlen, hin zu den Menschen. Das ist ein Schritt, der schon wahrgenommen werden kann. Das ist also ein Prozeß weg vom Quantitativen hin zu Dienstleistungen im Bereich der Familienplanung, im Bereich der reproduktiven und teilweise sexuellen Gesundheit, die auch Qualität haben müssen: also nicht nur sozusagen schnell sterilisieren und dann ist alles in Ordnung, sondern auch die Frage der Qualität der Dienstleistungen. Es hat diese rhetorischen Veränderungen auch im Bereich der reproduktiven und sexuellen Rechte vermehrt in Lateinamerika gegeben. Ich möchte nun ein paar Bereiche darstellen, wo ich sehe, daß die Chance auf ein breites Angebot an Dienstleistungen besteht - die Chance darauf, daß Frauen nicht mehr nur als Mutter gesehen werden. Das ist ein wichtiger Punkt der reproduktiven Rechte, daß Frauen Frauen sind, die zu einem gewissen Zeitpunkt im Leben überlegen, ob sie Kinder bekommen wollen. Weg von dieser Verknüpfung, die gerade bei der Familienplanung von Anfang an immer Bestand hatte: FRAU=MUTTER. Ohne Mutter zu sein bist du keine Frau. - Die Frau sollte selbst entscheiden, wieviele Kinder und wann sie sie bekommt. Diese Situation hat sich einigermaßen gebessert. Beispiel Kairo: Frage der genitalen Verstümmelung von Frauen. Es gab ein Video, das die Verstümmelung einer Frau zeigte. Es war mit ein Anlaß dafür, daß es heute in Ägypten ein Gesetz gibt, das das verbietet.

Promoting sexual and reproductive health as human rights - trend or progress?

Nell Rasmussen, lawyer

Senior consultant, The Danish Centre for Human Rights.

Political and Legal Foundation

First of all I wish to thank the Austrian Family Planning Association for inviting me to speak on promoting sexual and reproductive rights. It is a great pleasure for me.

My presentation will focus on

The legal and political foundation of sexual and reproductive rights, constraints to implementation of sexual and reproductive human rights, progress in introducing these rights,

- the role of the UN system, and

- the role of NGOs in this process,

and why a human rights' approach to sexual and reproductive health represents progress rather than a trend.

Although not officially recognised, I will apply the EU terminology at the International Conference on Population and Development in 1994, sexual and reproductive rights. This concept in contrast to the recognised term, reproductive rights, includes and is equally significant to promoting women's sexual and reproductive health, to protecting adolescents'

sexual health and to promoting male responsibilities and rights. And sexual rights are critical to girls' and women's personal security and empowerment.

Before the ICPD the concept of sexual and reproductive rights was only known to a narrow audience of experts. The Vienna Declaration on Human Rights from 1993 enshrined women's rights within the context of human rights. The recommendations on reproductive rights of the ICPD Programme of Action and the Platform of Action of the Women's Conference in Beijing, 1995, reiterated these rights and have been widely advocated as human rights. They are political commitments, though, providing standards for interpretation of human rights. But a number of sexual and reproductive rights are already internationally recognised human rights law.

The legal foundation of sexual and reproductive human rights are major international human rights instruments:

The Universal Declaration of Human Rights, 1948.

The International Covenant on Civil and Political Rights, 1966.

The International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, 1966.

The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, the Women's Convention, 1979

The Convention on the Rights of the Child, the Children's Convention, 1989.

Regional human rights documents.

The American Convention on Human Rights.

The African Charter on Human and People's Rights.

The European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms.

These conventions, and the Women's Convention in particular, contain sexual and reproductive human rights and responsibilities pertaining to individuals and couples vis a vis government, and government responsibilities of providing information, services, care and protection for its citizens. They have been ratified by a majority of states, and once ratified, the covenants are legally binding and oblige governments to work towards their achievement. States can be held accountable to their obligations through the UN reporting and treaty monitoring system.

Constraints

Needless to say, that constraints to implementation and even violations of women's sexual and reproductive human rights are numerous. The accelerating economic globalisation and increasing inequalities across and within countries have harmful effects on women's health and human

rights. And recessions along with health sector reform policies with reductions of public financing and privatisation, increase inequalities, including gender inequality. These conditions do not facilitate human rights. Governments also continue to violate sexual and reproductive human rights. Just recently charges were brought against the government of Peru for threatening and coercing many thousands of poor Peruvian women into sterilisation.

Likewise, religious and political fundamentalism represent serious constraints. In many parts of the world women's sexual and reproductive human rights and their autonomy remain under assault from patriarchal cultural, religious and political forces. The background paper for the ICPD + 5 Forum in DenHague last week notes that the legal environment for women is still far from satisfactory, despite measures taken. Women in many countries continue to suffer from the lack of legal protection in exercising, in particular, their sexual rights.

Lack of progress in key areas to secure women's sexual and reproductive rights is noticeable. The consequences are well-known. In meeting the need for contraceptives to ensure freedom of choice, in ensuring maternal health, including the reduction of unsafe abortion, and in prevention and treatment of STDs including HIV/AIDS, commitment, investments and progress have not been balanced globally. Introduction of policies, let alone integration of reproductive health services in primary health care, are progressing only slowly. This was concluded by the Expert Round Table Meeting on "Ensuring Reproductive Rights", in Kampala last year in preparation for Cairo + 5.

Reproductive health has been at top of the agenda since Cairo, and attention has been focused on improving maternal health, quality of care, and integrating reproductive health services into primary health care. For good reasons. But major constraints to women's sexual and reproductive health and self-determination lie outside the health system. They must be addressed within the political, social and cultural spheres of society and in the family. Therefore it must be established that sexual and reproductive health and rights are simultaneous, not sequential paths to advancing gender equality, social justice and sustainable development.

Progress

Role of the UN System

Progress has been and is being made in facilitating enjoyment of sexual and reproductive human rights. I will briefly point to some successful strategies to create necessary conditions for their implementation.

Formal and informal strategies interact and complement each other in human rights promotion. The formal UN human rights system and other

UN agencies must, of course, be committed both in their formal and informal capacities.

Progress has recently been made by The CEDAW Committee. The Committee has just finished a General Recommendation to the Women's Convention (art. 12) on women and health. It includes principles pertaining to women's reproductive health and rights. The role of the General Recommendation is to explain to governments in detail their obligations as to implementation of the Women's Convention. The principles must be the fundamental basis for legislation, policies and programmes in the area of health, if governments are to conform with the Convention.

NGOs are urged by the UN system to support the reporting and monitoring on human rights in their country. NGOs can submit their own report to the monitoring body. This strategy has been successfully applied by the Polish Federation for Women and Family Planning. In 1998 the Polish Government - having ratified the International Convention of Economic, Social and Cultural Rights - was to report to the UN monitoring Committee. To ensure the satisfactory information on the deteriorating reproductive health and rights of women in Poland, the Federation submitted an independent report to the monitoring committee. In its report the monitoring Committee included and even reinforced some of the Women's Federation's recommendations and said that *"every effort (should) be made to ensure the rights of women to health, in particular to reproductive health."* To achieve better reproductive health it recommended that *"improved and expanded family planning services be made available to all persons, including counselling on safe alternatives for contraception and reliable sex education in schools"*. The Women's Federation now uses these recommendations as a vehicle in its advocacy campaigns and the Polish government will be monitored on these issues at the next monitoring.

UNFPA has developed strong international advocacy on the human rights to reproductive health. And it co-operates extensively with The Office of UN High Commission for Human Rights to maximise and strengthen advocacy on the human right to sexual and reproductive health. Likewise WHO has contributed greatly to the understanding of health as a basic human right and to bridging the gap between health and legal perspectives. This advocacy is extremely important to support national advocacy.

Role and Strategies of NGOs'

National advocacy and NGOs lobbying of governments and parliamentarians are often needed to bring about changes in policies or legislation. Successes to this effect have been demonstrated by a.o. Brazilian and South African Women's and Health NGOs. Likewise, International Planned Parenthood Federation with notable success has applied the IPPF Charter on Sexual and Reproductive Rights to promote rights-based policy changes in some Eastern and Central European countries.

Community education by women's NGOs, combined with advocacy to policy makers, have proved most successful to bring about legal and social change on a highly sensitive issue such as Female Genital Mutilation (FGM). In just a few years several countries, a.o. Egypt and Uganda, Ghana, Burkina Faso and recently Senegal have legally prohibited FGM. And more important, the governments have supported or undertaken campaigns to ensure community support for the prohibition. In Kenya women's NGOs have been educating women in communities on the harmful health - and social effects of FGM, reducing the incidence substantially.

Legal women's NGOs in several Sub-Saharan countries have successfully broken the cultural silence surrounding gender violence and legal discrimination of women in marriage by widely educating women on their rights, reporting violence and taking their cases to court. Besides, police, prosecutors and judges have been educated to take a stronger stance against gender based domestic violence.

The lack of basic education and gender based violence seem to be the two single most subordinating and disempowering factors in women's lives. Gender based violence is one of the most pernicious obstacles to women's health, empowerment and enjoyment of human rights, and also remains one of the least acknowledged evils by governments. It remains one of the most imperative women's rights issues to address.

The EU has declared 1999 a year against violence against women, including sexual violence, prostitution and trafficking, and during the Austrian presidency, the EU human rights co-operation with China was advanced. A first Sino-European Seminar on Women's Rights was held in Beijing in October last year organised by the Austrian Women's Human Rights Coalition with All China Women's Federation as partner. The latter expressed its sincere interest in co-operating with European women's - and human rights NGOs on gender violence and related issues. Such international NGO partnerships are another effective strategy for promotion of human rights.

Why human rights to sexual and reproductive health?

I would like to conclude by reiterating why the human rights perspective on sexual and reproductive health represents progress, not a trend as claimed by opponents. Education is a key to empowerment - of girls and women, in particular. When people are educated on their rights - and feel personally secure - they often become aware of the gap between their rights and the reality of their lives. And here you tap into a huge potential for social change. With effective strategies and co-operation you facilitate the change of people from passive acceptors of services to become actors and activists of changes needed for them to experience their rights and entitlements. This is vital for progress in improving people's personal security and social welfare. Therefore, it should be saluted that as well

NGOs and Youth as Lawmakers reaffirmed their commitment to reproductive rights at the Cairo + 5 Conference. The challenge now will be to reinforce these commitments through recognition of legally enforceable duties.

Arbeitskreis A

Ergebnisse:

Kairo+5 – und wie soll es weitergehen? Einige Forderungen an Österreich:

Entwicklungszusammenarbeit

Dreijahresprogramm

Gendermainstreaming-Ansatz

Mehr spezifische Frauenprojekte

Beondere Unterstützung für Frauenorganisationen

z.B. Rechtsinformation

Instit. Verankerung der Position der Gender-Konsulentin

Bzw. 3-5 Jahresverträge

Gender-Aspekt auch für multilaterale Mittel, z.B. Weltbank

UNIFEM-Beitrag erhöhen

(dzt. Nur 50.000\$ pro Jahr)

Wirtschaftspolitik:

Aussen:

Entschuldung bzw. Schuldennachlaß

WTO soz. und ökol. Kriterien für Handelsbeziehungen

Innen:

Budgetplanung gendergerecht

Arbeitskreis B

CLEAN-CLOTHES-KAMPAGNE FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN WELTWEIT

Die Kleidung, die wir kaufen, stammt häufig aus den Bekleidungsfabriken Asiens, Zentralamerikas und Osteuropas. Es sind vor allem junge Frauen, die unter unmenschlichen Bedingungen und grober Mißachtung von Arbeitsrechten Stoffe weben, Kleider nähen oder Sportschuhe erzeugen. Das ist der Stein des Anstoßes für die Clean-Clothes-Kampagne.

"In der Fabrik ist es heiß wie im Ofen. Die Toilette ist abgeschlossen, und man braucht eine Erlaubnis, um sie zu benutzen, und das geht auch nur

zweimal am Tag. Während der Arbeit dürfen wir uns nicht unterhalten; wenn wir es tun, werden wir bestraft. Sogar die schwangeren Frauen werden mißhandelt. Sie schicken sie in die Bügelabteilung, wo sie in der fürchterlichen Hitze zwölf bis dreizehn Stunden im Stehen bügeln müssen. Damit zwingen sie sie zu kündigen, weil durch diese Arbeit die Füße anschwellen. Wenn die Frauen es nicht mehr aushalten können, müssen sie aufhören. Auf diese Weise braucht die Firma dann keinen Mutterschutz mehr zu zahlen. Wir sind weder krankenversichert, noch zahlt die Firma Krankengeld oder Urlaub."

(Wendy Diaz aus Honduras, 1996)

Die Arbeitsrechte von Frauen hängen eng mit den reproduktiven Rechten von Frauen zusammen. Einerseits sind Frauen in bezug auf den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt davon abhängig, ob Möglichkeiten der Familienplanung sowie der Kinderbetreuung verfügbar sind und somit reproduktive Aufgaben und Lohnarbeit vereinbart werden können. In vielen Ländern - gerade jenen mit boomender Bekleidungsindustrie - besteht aber vonseiten der Unternehmen ein starker Druck auf Frauen, nicht schwanger zu werden. Die Methoden, mit denen versucht wird, Schwangerschaften der Arbeiterinnen hintanzuhalten bzw. zu kontrollieren, stellen schwere Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen dar, wenn sich etwa Frauen zwangsweisen Schwangerschaftstests unterziehen oder die Pille schlucken müssen, wenn schwangere Frauen nicht eingestellt oder sofort entlassen werden.

Großer physischer und psychischer Arbeitsdruck, dem Frauen als Beschäftigte in der internationalen Bekleidungsindustrie ausgesetzt sind, führt zu Streß und übermäßiger Erschöpfung. Beides wirkt sich negativ auf die reproduktive Gesundheit von Frauen aus. Studien haben gezeigt, daß sich durch übermäßige Arbeitsbelastung der Menstruationszyklus von Frauen verändert, Frauen übermäßig viel Blut verlieren, ein erhöhtes Risiko an Brust- und Gebärmutterkrebs und bei Schwangerschaften ein erhöhtes Risiko an Fehl- und Frühgeburten besteht.

Weltweit finden immer mehr Frauen extrem belastende Arbeitsbedingungen vor. Denn die zunehmende Integration von Frauen in die Lohnarbeit geht einher mit der Aufweichung von arbeitsrechtlichen Mindeststandards im Zuge der Deregulierung der Weltwirtschaft, mit dem Wettlauf der Staaten um die günstigsten Investitionsbedingungen in bezug auf niedrige Löhne, mit geringen Arbeits- und Umweltschutzaufgaben und weitgehenden Steuerbefreiungen.

Die Clean-Clothes-Kampagne will der transnationalen Bekleidungsindustrie und den Regierungen, die durch die Umsetzung neoliberaler Maßnahmen die sozialen Kosten der Globalisierung auf die Beschäftigten umwälzen, eine kritische Gegenkraft "von unten" entgegensetzen. Über die Zusammenarbeit verschiedenster Initiativen und Organisationen in

Europa und Ländern der "Dritten Welt" soll durch die Macht der VerbraucherInnen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Bekleidung und Sportartikeln erwirkt werden. Die Clean-Clothes-Kampagne fordert die Unternehmen der Bekleidungsbranche - insbesondere die großen Handelshäuser - auf, für die Einhaltung der internationalen Arbeitsrechte laut ILO-Konvention in ihren Produktionsstätten sowie bei ihren Zulieferern zu sorgen und den europäischen KonsumentInnen nur sozialverträglich produzierte Kleidung anzubieten.

Ergebnisse Arbeitskreis B

Globalisierung und Frauenarbeit

Zunehmende Integration von Frauen in den Lohnarbeitsmarkt
bei Aufweichung/Verschlechterung
arbeitsrechtlicher und sozialer Standards

Strategien der Clean-Clothes-Kampagne

Öffentlichkeitsarbeit zu Arbeitsrechtsverletzungen

Durchsetzung eines Verhaltenskodex von Firmen einschließlich unabhängige Kontrollen

Internationale Zusammenarbeit zw. NGO's und Gewerkschaften

Druck auf Politikerinnen in Richtung Gesetzesinitiativen/Soziallabel

Arbeitskreis C

“Ein Mädchen großzuziehen ist, als würde man den Garten des Nachbarn bewässern.”

Die Bedeutung von Bildung für die Selbstbestimmung der Frauen

Ich habe dieses Sprichwort als Titel für den Workshop, den ich begleiten soll, gewählt, weil es meines Erachtens einen zentralen Punkt der Problematik zum Ausdruck bringt, wenn es um Bildung von Frauen geht:

1. Bildung von Mädchen/Frauen wird als sinnlose “Investition” angesehen. Das Geld, das für ein Mädchen ausgegeben wird, gilt als verlorenes Geld.
2. Die Bildung von Mädchen/Frauen kommt auf lange Sicht einer anderen Familie, d.h. jener, in die sie einheiraten wird, zugute. Auch das bedeutet, daß die Investition für die eigene Familie verloren ist.
3. Bildung von Mädchen/Frauen hat keinen Wert für sich. Es geht immer darum, wessen “Garten bewässert” wird; der eigene oder der einer anderen Familie. Es geht um die Arbeitskraft, die Leistungsfähigkeit, den

Beitrag der Frau zur Gemeinschaft. Daß Bildung für die Frau und daraus folgernd für die Gemeinschaft einen positiven Wert darstellen kann, steht nicht im Blickpunkt.

4. Dieses Sprichwort zeigt aber auch, daß Familien auf die Anwesenheit von Frauen angewiesen sind. Ihre Arbeitskraft, d.h. die von Mädchen und erwachsenen Frauen ist überall dort, wo Familien an der Grenze dessen leben, was noch Leben genannt werden kann, unentbehrlich.

Das oben zitierte Sprichwort beschreibt eine Einstellung, die in Abstufungen in vielen Regionen der Welt zu finden ist - nicht unbedingt nur in Ländern des Südens. Auf welche Art und Weise die Mechanismen von Geschlechtertrennung und -differenzierung im Bereich von Bildung wirksam sind, wie das in Ländern des Südens passiert, aber auch wie diese Mechanismen bei uns wirken, wird Teil der Arbeit in unserem Workshop sein.

Welchen Stellenwert hat Bildung in Zusammenhang mit Entwicklung überhaupt? Abseits von den natürlich wichtigen Zahlen und Statistiken finden sich die diesbezügliche Hinweise am Klarsten in den Lebensläufen von Menschen aus dem Süden, z. B. in denen von Mitgliedern eines Chores aus Kenia, den der ÖED eingeladen hat. Keines der Chormitglieder hat eine reguläre Schullaufbahn hinter sich. Nur ein Teil von ihnen hat die Sekundarschule abgeschlossen. Fast alle haben Klassen wiederholen müssen (nicht, weil sie das Klassenziel nicht erreicht hatten, sondern weil das Geld für die nächste Stufe nicht vorhanden war oder weil gerade kein Platz frei war). Keiner von ihnen hat eine geregelte Berufslaufbahn. Sie alle sind entweder teilzeitbeschäftigt, arbeitslos oder haben eine relativ unsichere Anstellung.

Fast alle kommen aus sehr kinderreichen Familien. Daß die Eltern jeweils wahrscheinlich noch viel geringere Schulbildung haben, kann ich nur annehmen. Auch sie waren bzw. sind oft arbeitslos, oder sind der Chance auf eine Anstellung quer durch Kenia nachgereist. Sie wurden von ihrem Land vertrieben oder haben es aufgrund ihrer Armut verloren. Die Entbehrenungen, die sie oft auf sich nehmen mußten, um für ihre Kinder Schulgeld zahlen bzw. Schuluniformen kaufen oder verschiedene Gebühren begleichen zu können, kommen ganz offen zum Ausdruck.

Wenn eine Familie also wählen muß, wer in die Schule gehen darf, weil sie es sich nur für ein Kind leisten kann, dann fällt oft die Wahl auf die Söhne. Deren Chance, einmal auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein, wird oft als höher eingestuft. Und das ist bei den hohen Arbeitslosenraten in vielen Ländern des Südens (in Kenia sind es ca. 25 %) ganz und gar nicht unrealistisch.

Es geht mir um die Vielschichtigkeit der Problematik. Und das bedeutet, daß neben der Notwendigkeit von Bildung für Frauen die Frage stehen muß: Welche Bildung? Was bewirkt diese Bildung? Auf welchen Arbeitsmarkt führt sie hin?

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß es Länder gibt, die immense Bemühungen unternehmen, eine bessere Bildung für alle zu erreichen - die aber durch großes Bevölkerungswachstum zunichtegemacht werden. Es geht um Zusammenhänge, von denen ich keineswegs behaupten würde, daß ich sie alle verstanden und durchschaut hätte. Aber das wäre auch eine Anmaßung angesichts vieler "Leerstellen" etwa im Weltbildungsbericht 1995, dem des öfteren die Erklärungen für beobachtete Phänomene ausgehen.

Es scheint mir wichtig, sich auf die Komplexität der Thematik einzulassen und auch die eigene Position in diesem Zusammenhang zu bedenken: einerseits die der Europäerin, die bestimmte Vorstellungen und Werte vertritt und sie vielleicht gerne auf andere Weltgegenden übertragen würde; andererseits die einer Person, die selbst Bildung erlebt/genossen hat. Die diversen internationalen Konferenzen der letzten Jahre brachten zahlreiche Erklärungen hervor, die den Bereich Bildung von Frauen betreffen. Es handelt sich dabei um politische Absichtserklärungen.

So soll bis zur Jahrtausendwende der gleichberechtigte Zugang zur Grundschulbildung für alle Kinder realisiert werden und eine Abschlußquote von 80% erreicht sein. Bis zum Jahr 2015 soll die Grundschulbildung für alle gesichert sein. (Frauenpolitik nach Peking, S. 22)

Unabhängig von diesen großen Zielen erscheint es mir wichtig, sich zu überlegen, welche Strategien im Kleinen es gibt bzw. worauf geachtet werden sollte, wenn es um die Bildungsmöglichkeiten von Frauen geht.

Zum Abschluß noch ein Zitat. Es hat mit dem Mangel an Bildungsmöglichkeiten zu tun, aber auch mit der Kraft und Kreativität von Frauen, wenn es darum geht, diesem Mangel Abhilfe zu leisten:

"Jahrelang hatte eine Frau - selbst kinderlos und Analphabetin - zugesehen, wie die Kinder in ihrem Dorf nicht zur Grundschule gehen konnten, weil sie zu weit weg war. Kürzlich kam sie und bat um fünfzig Lesebücher und etwas Geld jeden Monat. Ein Verwandter war in das Dorf gezogen und hatte sich bereit erklärt, die Kinder zu unterrichten. Diese Frau - die selbst benachteiligt ist - zeigt mehr Verantwortungsbewußtsein als der Staat."

(Narayan Banerjee, Indien, öffentliche Anhörung, Südasien, aus: Visionen für eine bessere Lebensqualität, S. 223)

Ergebnisse Arbeitskreis C

Alleinerz. Frauen
Kinder ohne Eltern

„kleinen Mütter“
arbeiten in LW



keine Zeit
keine Kraft

Schule



Grundsätze:

Geduld/Toleranz

Entwicklung von Selbstbewußtsein

Eigenen Standpunkt deklarieren

Jeder darf Fehler machen

Bildung + Einbahnstraße

Best. Anteil von 0,7 % für nachhaltige Konzepte/Projekte

Arbeitskreis D

Frauenarbeit und Globalisierung – jung, billig, flexibel

Frauenarbeit geht über *Erwerbsarbeit* weit hinaus. Frauen leisten in einem viel größeren Maße unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie. Für Österreich hat das Statistische Zentralamt erhoben, daß “der Anteil an unbezahlten Leistungen in Haus und Familie mit 51% den Anteil an Erwerbsarbeit mit 49% übersteigt.” (Wo kommt unsere Zeit hin? ÖSTAT, 1996, S.13)

Ausgehend vom Gesamt der Frauenarbeit, schätzt das UNDP (United Nations Development Program), daß sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern nur 34% (1 Drittel) der insgesamt von Frauen geleisteten Arbeit auch vergütet werden. (Globale Trends 1998, S. 86) Den größeren Teil von 66% (2 Drittel) leisten Frauen somit unentgeltlich. (Im Gegensatz dazu wird die Arbeit der Männer in Entwicklungsländern zu 75% und in Industrieländern zu 66% bezahlt.) (ebenda)

Die Erwerbstätigkeit von Frauen nahm in den letzten Jahrzehnten zu. Ursache für diese Tendenz sind das höhere Bildungsniveau und damit verbunden der Wunsch von Frauen nach mehr Selbständigkeit durch eigenes Einkommen. Die wahrscheinlich noch wichtigere Motivation ist allerdings die wirtschaftliche Notwendigkeit. Preissteigerungen und Kürzungen staatlicher Sozialleistungen, hohe Inflationsraten und Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst haben - nicht zuletzt durch die Strukturanpassungsprogramme - bewirkt, daß Männerlöhne keine Familieneinkünfte mehr sind und daß Frauen "dazuverdienen" müssen. Dazu kommt, daß weltweit 30% der Haushalte von Frauen geleitet werden, die die Existenzsicherung für sich und ihre Kinder übernehmen.

Weitere Ursachen für die Feminisierung der Arbeitswelt liegen in den Umstrukturierungen der neuen, internationalen Arbeitsteilung und in der Politik der transnationalen Konzerne, die durch Auslagerungen von einzelnen arbeitsintensiven Produktionsschritten in Billig-Lohn-Ländern Standortvorteile nutzen. Ein "Standortvorteil" ist der noch niedrigere Lohn der Frauen und Mädchen.

Frauen bewegen sich innerhalb eines geteilten Arbeitsmarktes und auf den unteren Hierarchiestufen. Als Richtlinie gilt, daß Frauen dort am stärksten vertreten sind, wo die Arbeit der Haus- und Familienarbeit am Ähnlichsten ist: etwa in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor, in Pflege- und erzieherischen Berufen oder innerhalb der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Frauenarbeit ist durch geringere Wertschätzung charakterisiert. Das drückt sich deutlich in der Bezahlung von Erwerbsarbeit aus: Im weltweiten Durchschnitt beträgt der Lohn von Frauen (außerhalb der Landwirtschaft) Mitte der 90er Jahre etwa 75% des Niveaus der Männer (Globale Trends, 1998, S. 85).

Welche Bedingungen geschaffen werden müssen, um den Wert der Frauenarbeit zu erhöhen und damit ihre Position zu stärken, ist einer der Diskussionspunkte im Arbeitskreis.

Arbeitskreis E

Zugang zu allen Menschenrechten: Eine unerläßliche Voraussetzung für die "reproduktive Freiheit" von Frauen

Am Beginn dieses Arbeitskreises soll ein Exkurs stehen, um die Brücke zum Tagungsthema zu schlagen. Hier soll der Frage nachgegangen werden, was hinter dem vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zu Beginn der neunziger Jahre eingeführten "Menschenrecht auf Familienplanung" und hinter dem im gleichen Zusammenhang über-

strapazierten Begriff des "Empowerment von Frauen" steht. Es soll weiters aufgezeigt werden, wie Frauen in Nord und Süd gegen diese verengten und verkürzten Begriffe ankämpften und was sie als unabdingbare Voraussetzung zur Verwirklichung ihres "Empowerment" und ihrer reproduktiven und sexuellen Menschenrechte ansehen.

Im Anschluß an diese Überleitung soll auf die Geschichte der Menschenrechte eingegangen werden, die von Anfang an eine Geschichte der Ausklammerung von Frauenrechten war. Es soll an Hand des Entstehens verschiedener Generationen von Menschenrechten eine bis heute wirksame Hierarchisierung der Menschenrechte, die immer zu Lasten von Frauen ging, offengelegt werden.

Darauf folgen ein Überblick über die wichtigsten Instrumente im Menschenrechtsbereich, ihren Stellenwert, die Möglichkeiten der Um- und Durchsetzung sowie Beispiele ihrer Analyse aus der Gendersperspektive. Stichworte zu dem Ist-Zustand der Menschenrechte von Frauen vor allem in den Ländern des Südens sollen deutlich machen, daß der Zugang zu den Menschenrechten nach wie vor von einem bestimmten Chromosom abhängt.

Zum Abschluß sollen Perspektiven und Strategien der Veränderung in diesem Bereich aufgezeigt werden, die von Frauen in allen Ländern der Erde erarbeitet wurden - als Beispiele für umfassendes und von Frauen gelebtes "Empowerment".

Gliederung:

Exkurs: Menschenrechte, Patriarchat und Reproduktion:

Was versteht die UN unter dem "Menschenrecht auf Familienplanung" und unter dem "Empowerment" der Frauen?

Wie sieht die Realität dahinter aus?

Aufbegehren der Frauen gegen diese Enteignung ihrer reproduktiven Freiheiten am Beispiel der Weltkonferenzen in Kairo und in Beijing.

Was bedeuten Empowerment und (reproduktive) Menschenrechte von Frauen wirklich?

Hauptteil:

Geschichte der Menschenrechte: Hierarchien und Konflikte

Meilensteine der Verankerung

Menschenrechtsinstrumente durch die Genderbrille

Menschenrechte und weibliche Lebenszusammenhänge

Perspektiven der Veränderung

Das Kairoer Aktionsprogramm

Am 13. September 1994 verabschiedeten 184 Nationen, darunter auch Österreich, auf der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo ein Aktionsprogramm für die nächsten 20 Jahre. Diese legt in drei miteinander verknüpften Bereichen folgende Ziele fest: Zugang zu Bildung speziell für Mädchen, Gendergerechtigkeit und Gleichheit für Frauen, eine Senkung der Sterblichkeitsraten und eine Verbesserung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit, einschließlich Familienplanung und sexuelle Gesundheit.

Kapitel VII des Aktionsprogrammes: Reproduktive Rechte und reproduktive Gesundheit

Alle Länder sind aufgefordert, ihrer Bevölkerung bis spätestens zum Jahr 2015 reproduktive Gesundheit im Rahmen des Gesundheitssystems zu garantieren, d.h. es soll der Zugang zu Familienplanung (Beratung, Information über Methoden sowie Serviceeinrichtungen) und Sexualerziehung garantiert werden und zwar auch für Jugendliche und deren speziellen Bedürfnisse; (Stichworte: Klientenzentriertheit, freie und freiwillige, informierte Entscheidungsmöglichkeit, Qualitätssicherung der angebotenen Leistungen, keine Verletzungen der Menschenrechte und keine Zwangsmaßnahmen); weiters sollen Behandlungsmöglichkeiten für alle sexuell übertragbaren Krankheiten einschließlich HIV/AIDS und alle mit Schwangerschaft und Geburt assoziierten Gesundheitsproblemen geschaffen werden und gegen Praktiken der sogenannten weiblichen Beschneidung, besser Verstümmelung soll aktiv vorgegangen werden (Verstümmelung des weiblichen Genitale ist eine Menschenrechtsverletzung und ein lebenslanges Gesundheitsrisiko für Frauen). Gesetze gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder, auch häusliche Gewalt, sexuelle Ausbeutung und Mißbrauch sollen, sofern noch nicht existent, geschaffen werden. Besonderes Augenmerk ist auch auf die Rolle von Männern und männlichen Adoleszenten zu legen, ihre Verantwortung im Bereich Verhütung und STD's sowie auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und MigrantInnen, Stichwort "Massenvergewaltigungen" als Waffe im Krieg/Bürgerkrieg. Programme für reproduktive Gesundheit sollen so konzipiert sein, daß sie den Bedürfnissen von Frauen und Jugendlichen entgegenkommen und müssen Frauen in Führungspositionen, Planung, Entscheidungsfindung, Management, Organisation, Durchführung und Evaluation beschäftigen.

Weiters sollen Regierungen danach trachten, daß Frauen in allen Ebenen des Gesundheitswesens vertreten sind. Um eine weitere Verbreitung und Dezentralisierung solcher Programme zu gewährleisten, sollen Regierungen alle Arten lokaler NGO's (z.B. Frauengruppen), die im Gesundheitsbereich arbeiten, unterstützen. (Betonung der aktiven Rolle der NGO's) Alle Länder sollen die eventuell bestehenden Hindernisse Familienplanungseinrichtungen zu nutzen (z.B. zu hohe Kosten, schlechte Qualität,

inadäquates Angebot) bis zum Jahr 2005 beseitigen. Alle politischen EntscheidungsträgerInnen sind aufgefordert, eine starke und transparente Rolle bei der Promotion und Legitimierung von Familienplanungseinrichtungen und Einrichtungen für reproduktive Gesundheit zu übernehmen. Dies soll seinen Niederschlag auch in budgetären Überlegungen finden, d.h. den unterprivilegierten Gruppen der Gesellschaft, die nicht den vollen Preis der Serviceeinrichtungen bezahlen können, soll geholfen werden.

IPPF- Charta über sexuelle reproduktive Rechte

1995 hat die International Planned Parenthood Federation (IPPF) mit ihren 127 Mitgliedsorganisationen auf der Grundlage der internationalen Menschenrechtsabkommen eine Charta über sexuelle und reproduktive Rechte verabschiedet. Es folgt eine Zusammenfassung:

1. Das Recht auf Leben sollte Frauen schützen, deren eigenes Leben durch eine Schwangerschaft bedroht ist.
2. Das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person sollte Frauen schützen, die von der Verstümmelung ihrer Genitalien, einer Zwangsschwangerschaft, oder Zwangssterilisation und Abtreibung bedroht sind.
3. Das Recht auf Gleichheit und Freiheit von allen Formen der Diskriminierung sollte unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Ausrichtung, Familienstand, Alter, Sprache, Religion, politischer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft, Besitz, Geburt oder Status die Rechte aller Menschen auf gleichen Zugang zu Informationen, Aufklärung und Entwicklungsdienste sowie zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung schützen.
4. Das Recht auf Privatsphäre sollte alle Menschen schützen, Informationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit, Aufklärung und Dienstleistungen mit einem Mindestmaß an Diskretion und Vertraulichkeit in Bezug auf persönliche Angaben gegenüber den Beratern zu erhalten.
5. Das Recht auf Gedankenfreiheit sollte die Rechte aller Personen auf Zugang zu Aufklärung und Information über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte frei von Gewissens-, Religions- oder Meinungsbeschränkungen schützen.
6. Das Recht auf Information und Aufklärung sollte das Recht aller Personen auf vollständige Informationen über den Nutzen, die Risiken und die Effektivität aller Methoden zur Geburtenplanung schützen, damit alle diesbezüglichen Entscheidungen, mit vollem, freien Einverständnis auf der Basis von Sachkenntnis getroffen werden können.

7. Das Recht auf Heirat oder Ehelosigkeit und Gründung und Planung einer Familie sollte alle Personen gegen eine Eheschließung ohne volles und freies Einverständnis und ohne entsprechende Informationen beider Partner schützen.

8. Das Recht auf Kinderlosigkeit und die zeitliche Wahl der Familiengründung sollte die Rechte aller Personen auf die reproduktive Gesundheitsversorgung mit dem Höchstmaß an sicheren, effektiven und akzeptierbaren Methoden der Geburtenplanung, die allgemein zugänglich, erschwinglich, annehmbar und geeignet sind, schützen

9. Das Recht auf Gesundheitsversorgung und den Schutz der Gesundheit sollte das Recht aller Personen auf den höchstmöglichen Grad medizinischer Versorgung schützen und ebenso das Recht auf Freiheit von traditionellen Praktiken, die der Gesundheit abträglich sind.

10. Das Recht auf den Nutzen wissenschaftlichen Fortschritts sollte das Recht aller Personen auf Zugang zu verfügbaren Technologien der reproduktiven Medizin schützen, die in unabhängigen Studien ein akzeptables Nutzen/Risiken-Verhältnis ergeben haben, wenn die Verweigerung solcher Technologien schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden haben würde.

11. Das Recht auf Versammlungsfreiheit und politische Beteiligung sollte das Recht auf die Bildung einer Vereinigung schützen, die sich für die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte einsetzt.

12. Das Recht auf Freiheit von Folter und Mißhandlungen sollte Kinder, Frauen und Männer vor allen Formen sexueller Gewalt, Ausbeutung und Mißbrauch schützen.

(Quelle: Hg: Deutsche. Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. , „Weltbevölkerungsbericht 1997“, United Nations Population Fund, S 11)

ReferentInnen:

Dr. Gundi Dick, Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Frauensolidarität

Dr. Elisabeth Hlavac, Abg. z. NR.

Mag. Dagmar Lassmann, Österreichischer Entwicklungsdienst, Bildungsreferat

Mag. Ulrike Lunacek
1994 als NGO- Vertreterin Mitglied der österreichischen Delegation zur ICPD; Obfrau der Frauensolidarität - Entwicklungspolitische Initiativen für Frauen

Alphonse Mc Donald
Liaison Office, UNFPA Genf

Mag. Brita Neuhold, Universitätslektorin, entwicklungspolitische und frauenspezifische Expertin

Nell Rassmussen
Juristin und internationale Expertin für reproduktive Gesundheitspolitik

Mag. Claudia Thallmayer, Mitarbeiterin der Frauensolidarität

